

# Wels, Mosse, Maslow und Co.

sondern nach Bayern ziehe, obgleich sie genau wussten, daß der Angriff den sächsischen Arbeitern galt? Die SPD-Politiker, ob jährlinge oder andere, diese Betrüger an der Arbeiterschaft, sie müssen natürlich die Noskepolitik verteidigen, denn Noske und die SPD gehören zusammen. Nur um die wirkliche Politik zu verschleiern, soll Noske sich überlegen, ob er nicht so viel Takt hat, auf das Mandat zu verzichten, da sonst einige Reichstagsmandate verloren gehen könnten.

Der Parteivorstand der SPD schweigt. Der Bormarts schwiegt auch gestern noch. Dieses Schweigen bedeutet die Bestätigung der von uns veröffentlichten Mitteilung, daß der Parteivorstand für die Kandidatur Noskes ist. Er wird auf keinen Fall gegen die Kandidatur Stellung nehmen. Noskepolitik, das ist der brutale Kurs des offenen Auftretens gegen die Arbeiter, des offenen Eintritts in die Kapitalisten. Im Unterschlag der sich zuspielenden Verbündeten will die SPD-Führung diesen Kurs neuem. Die sächsischen SPD-Führer haben nichts gegen den Kurs, sie möchten aber nicht die offene Reklame mit Noske. Sie fühlen die Hemmisse bei ihrem Arbeitertreug.

Nichts weiter als ein Betrug an der Arbeiterschaft ist auch die Stellungnahme der Volkszeitung in dem gestrigen Artikel „Göhafel-Lutherei“. Hier wird Stellung genommen zu dem von Luther, dem ehemaligen Reichskanzler, gebildeten „Bund zur Erneuerung des Reiches“. Die Volkszeitung muß feststellen, daß dieser Bund eine Organisation zur Festigung und Ausdehnung der diktatorischen Macht der Schwerindustrie ist. Luther ist Mitglied der Deutschen Volkspartei. Aber Luther vertritt den rechten Flügel. Die SPD-Führer merken den Wind. Luther zeigt der Koalition mit den Sozialdemokraten die kalte Schulter, er steht die Beibehaltung des Bündnisses mit den Deutschnationalen an. Der Zweck des Bundes, der die Rationalisierung des Reiches, Aufhebung der Besitzungsrechte der Länder und Gemeinden, Spardiktatur, Beamtenabbau, Einschränkung der Arbeitserlöse auf sein Programm gesetzt, ist die Verzehrung der großkapitalistischen Diktatur aus die Regierungswelt und durch die Regierungsgewalt. Es handelt sich aber nicht darum, daß durch den Bund Luthers erzeugte Bläue verwirkt werden sollen, wie die Volkszeitung schreibt, die den Arbeitern frech vorlängt, daß die Wirtschaftler, die Luther folgen, „auf den sogenannten Schwindel hereinfallen“. Diese Wirtschaftler fallen nicht auf den sogenannten Schwindel herein, sondern die Volkszeitung setzt den Arbeitern einen sogenannten Schwindel vor, um die Arbeiter nicht wissen zu lassen, daß es sich hier um einen neuen reaktionären Vorstoß des Bürgertums handelt, der ganz in der Linie des Angriffen an der Rute, des Notprogramms und des von der SPD unterstützten Wahlrechtsraubes liegt. Hier ist keine Göhafel-Huberei, hier ist ein konkreter politischer Angriff, der Bormarts der kapitalistischen Machthaber zur Diktatur auf dem Wege der Legalität. Das unterstreichen vor allen jetzt die Faschisten, die befürchten, ausgeschaltet zu werden, die fürchten, ihre Subsidien zu verlieren und einen zu niedrigen Preis für die Teilnahme am Bürgerkrieg zu erhalten. Deshalb schreibt der Jungdeutsche Orden:

„Dieses neue „Bureau Luther“ zeigt, daß die großen Verbände und Konzerne der Wirtschaft, nachdem sie ihre eigene Rationalisierung durchgeführt haben, nun daran gehen, auch den Staat nach ihrem Willen zu rationalisieren. Den Parlamentarierinnen haben sie sich auf dem Wege über die Parteien bereits dienstbar gemacht und sehen nun darüber noch einen geschickt aufgebauten, außerparlamentarischen Klub.“

Die Jungdeutschen möchten zu gern allein der „Außerparlamentarische Klub“ der Bourgeoisie sein. Sie befürchten die Konkurrenz, sie fühlen, daß die Großkapitalisten unter der Führung Luthers eine besondere Instanz, ein Oberhaus, mit entscheidendem Einfluß auf die Politik einrichten möchten, deswegen sprechen die Jungdeutschen Brüder:

„Man muß den Bestrebungen des Bureaus Luther dann feindselig gegenüberstehen, wenn sie dazu führen, den großen Konzernen noch mehr politische Macht im Staat zu verschaffen, als sie heute schon auf dem Wege über den Reichstag besitzen. Man weiß, daß in den Kreisen die Reichskanzler a. D. Dr. Luther nahestanden, viel von einem neuen Oberhaus gesprochen wird, daß sich auf den großen Verbänden der Wirtschaft aufbaut und den Staat kontrolliert.“

Die faschistischen Bravos fühlen sich beunruhigt darüber, daß die Großbourgeoisie geistigt, die demokratischen Mittel zur Verstärkung ihrer Macht ausnutzt. Die Bravos befürchten, um den llingenden Lohn ihrer Arbeitermazele betrogen zu werden.

Die Sozialdemokraten fühlen sich beunruhigt, weil sie befürchten, betrogen zu werden, um die Kräfte ihres Arbeitervolks ausgeschaltet zu werden von der Koalitionspolitik.

Zu diesem Bund der 200, dessen tatsächliche politische Bedeutung die Volkszeitung den Arbeitern verschweigt, gehören

Unsere Enthüllungen über die Reichstagskandidatur Noskes haben nicht nur die sozialdemokratischen Arbeiter auf das Riesje erregt und ihren Parteivorstand zu einer Stellungnahme gezwungen, die nur eine Bestätigung unserer Behauptungen ist. Die Diskussion ist in vollem Gange. Sie ist noch lange nicht abgeschlossen, sie kann nicht abgeschlossen werden, denn bei der Frage der Kandidatur Noskes handelt es sich nicht nur um dessen Person, sondern um eine demonstrative Bestätigung der Noskepolitik der Sozialdemokratischen Partei, deren die reformistischen Führer um Wels, Müller, Noske und Sollmann auf das dringende zur Schaffung der großen Koalition nach den Wahlen bedürfen.

Unsere Mitteilungen erfahnen auch von bürgerlicher Seite Bestätigung. So schreibt die linsobürgerliche „Welt am Montag“: „Es scheinen in der Tat einflußreiche sozialdemokratische Fraktionen sich zu bemühen, die sozialdemokratische Fraktion durch die Person des Herrn Noske aufzuhalten.“ Aber noch interessanter als diese Bestätigung der Noskelandidatur von bürgerlicher Seite sind die Argumente, mit denen der reaktionäre Faschist Helmut von Gerlach der sozialdemokratischen Führung achtet. Noske als Reichstagskandidaten zu präsentieren. Er äußert seine wohlwollende Zufriedenheit mit der Tätigkeit Noskes in den Jahren 1918/19, aber ... „Das große Endjahr Noskes ist das Jahr 1920.“ Und deshalb wäre „eine Kandidatur Noskes eine unerträgliche Schwächung der Sozialdemokratie“. Das ist das nachträgliche Kredo der Weimarer Koalition. Der Noske von 1918 und 1919, der die Revolution niederschlägt, ist der Held nicht nur der schwarz-weiß-roten Konterrevolution, sondern auch ihrer schwarz-rot-goldenen Steigbügelläder. Über der Noske des Jahres 1920, dessen monarchistische Reichsmehrheitssieze das Herz und die Seele des Kapp-Putzes waren, wird der Weimarer Koalition unfeierlich. Wir registrieren diese Stellungnahme nicht um ihrer Bedeutung halber, sondern um zu zeigen, wie sehr die Bourgeoisie bemüht ist, eine Schwächung ihrer Sozialdemokratischen Partei bei den nächsten Wahlen zu verhindern.

Aber nicht nur Helmut von Gerlach berät den sozialdemokratischen Parteivorstand. Auch andere Hilfsgruppen rücken in die Front, an ihrer Spitze die linslichen „Lindent“ und Amt in Amt mit ihnen die Maslow-Bande. Der Suhler „Volkswille“, das Organ der Vertreter der deutschen Arbeiterschaft Maslowischer Farbung, veröffentlicht an der Spitze seines Blattes einen Aufsatz mit der Überschrift: „Noske Reichstagskandidat der SPD — Brandner Reichstagskandidat der KPD.“ Die Leipziger Volkszeitung übernimmt wörtlich denselben Aufsatz an die Spitze ihrer Ausgabe vom Sonnabend. Wir haben niemals daran gezweifelt, daß der Weg der Maslow-Eligue unmittelbar in die Reihen des Reformismus führt. Über dieses Bündnis zwischen Maslow und den linken Vertraterfronten ist ein konkret, handgreiflicher Beweis für die Richtigkeit.

Lebt unserer Vorwurfe? Was ist die politische Bedeutung der Kandidaten Saape-Maslow? Die Kommunistische Partei kämpft gegen die Reichstagskandidatur Noskes, um die breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter auf den Noskelurs ihrer Partei aufmerksam zu machen. Sie ruft in den Köpfen der deutschen Arbeiterschaft die Rolle des Blutbades Noske wach, um in ihnen den Gedanken an die deutsche Revolution gerade in der gegenwärtigen Zeit des Bürgerblöds und der relativen Stabilisierung der Bourgeoisie hochzuhalten. Der Kampf der Kommunisten gegen Noske ist ein Kampf gegen die gesamte Politik des Reformismus, sowohl seine Vergangenheit, als auch seine Zukunft. In dieser Situation rücken die Maslowischen Hilfsgruppen den Reformisten zu Hilfe. Um die sozialdemokratische Arbeiterschaft von Noske und von der Noskepolitik abzulenken schreien Maslow und die Leipziger Volkszeitung im Chor „Brandner vor den Toren!“

Auf die Siedlung des Volkswillen und der Leipziger Volkszeitung über einen angeblichen Mandatsbacher im Zentralkomitee der KPD brauchen wir nicht einzugehen. In der kommunistischen Partei ist die Bedeutung der Frage, welche Mitglieder der Partei ihre revolutionäre Arbeit in den Parlamenten zu leisten haben, gemessen an den sonstigen Aufgaben der Partei, eine so geringe, daß es selbstverständlich ist, daß das Zentralkomitee nicht die getringste Veranlassung hat, sich gegenwärtig mit leggewölkten Kandidaturfragen zu beschäftigen. Eine andere Frage ist es, welche Bedeutung der Vergleich einer Kandidatur des Genossen Brandner, die ebenso wie alle anderen KPD-Reichstagskandidaturen, überhaupt nicht zur Diskussion steht, mit einer Kandidatur Noskes hat. Am 5. Januar schrieb unser Parteidienst an die Adresse der Leipziger Volkszeitung:

„Eines solchen Vergleiches sind nur solche gesinnungslosen Lumpen fähig, wie die Späte und Liebmann. Sie und ihre Parteigenossen Noske sind noch nicht weit, unseren Genossen Brandner, Arndt und Meier, die Jahrzehntelang ihre ganze Kraft der revolutionären Bewegung des deutschen Proletariats gegeben haben, die Schürzen zu lösen.“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Wir können nur den Liebmann und Saape ihren Bundesgenossen Maslow hinzufügen. Möge Genosse Brandner in der Vergangenheit noch so große Fehler begangen haben, er ist Mitglied der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale. Und wie die Erfahrungen der letzten Jahre bewiesen haben, eine Kommunist, der es versteht, die Grundprinzipien der Disziplin und der Einheit der Partei auch über seine eigenen Anschauungen zu legen. Maslow hingegen ist ein gesinnungsloser Lump und Kengen, den mit der kommunistischen Bewegung Deutschland nur losch. Jeden verbunden die das Tageslicht scheuen. Das ist der Unterschied. Und wir glauben, daß nun auch die letzten oppositionellen Arbeiter den Sinn der Koalition Wels-Noske und Maslow begreifen werden.

## Ein langes Manöver

Dresden, 10. Januar.

Die Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsen und die Landtagstraktion fügten am 9. Januar den Entschluß, die Auflösung des linslichen Landtages mit allen politischen Mitteln anstreben, jedoch von einem Antrag der Partei auf Landtagsauflösung an den Staatgerichtshof aus politischen und juristischen Gründen Abstand zu nehmen.

Die Leipziger Parteiorganisation der SPD verlangte die Landtagsauflösung durch einen Antrag auf Ungültigserklärung der linslichen Wahl an den Staatgerichtshof auf Grund der bekannten Entscheidung für Hamburg herbeizuführen. Die Landesinstanzen haben nur die Forderung der Leipziger Parteiorganisation abgelehnt. Wenn in dem Beschluss des Landesvorstandes geagt wird, daß die SPD die Auflösung des lins. Landtages „mit allen politischen Mitteln anstreben“ werde, so ist das nichts weiter als ein Bluff für die Arbeiter. Tatsächlich dient die SPD nicht daran, einen wirksamen Kampf gegen die linsliche Bürgerblockpartei, die Helderegierung und ihren Landtag zu führen.

Die SPD hat jede gemeinsame außerparlamentarische Aktion, wie sie von den Kommunisten zum Sturz der Helderegierung und zur Auflösung des Landtages gefordert wird, bisher abgelehnt. Daß die SPD nicht daran denkt, einen ernsthaften politischen Kampf gegen die linsliche Bürgerblockregierung zu führen und Landtagsauflösung zu erzwingen, geht aus dem Beschluss der SPD-Partei vor dem Parteivorstand deutlich hervor, die anlässlich der Kandidatur Noskes die Linie des Parteivorstandes bezieht und gegen die Kommunisten geht. Die SPD-Führer und ihre Presse tun nichts, um die Interessen der linspienden Arbeiter gegen das brutale Vorgehen der Unternehmer zu verteidigen. Sie verhindern die Ausdehnung der Kämpfe und sind ängstlich befürchtet, daß die Bürgerblockregierung im Reiche und in Sachsen keine Schwierigkeiten auszurichten. Die Arbeiter werden diesen Beschluss der SPD-Landesinstanzen als das werten, was er ist, ein Manöver der Berührung der Arbeiter.

## Die Verbannung der Oppositionsführer

Durch die gesamte Morgenpost, wie sind überzeugt, daß die SPD-Presse sich heute diese fetten Happen nicht entgehen läßt, geht heute die Rotz über die angebliche Verbannung aller führender der russischen Opposition. Die bürgerliche Presse teilt mit, daß der Oppositionsführer zur Verschließung verurteilt seien. Unter diesen seien auch Trotski, Rabotowitschi, Kamenski und Sinowzew. Gestern teilte die selbe Presse noch mit, daß Trotski und Sinowzew in einem Metallbetrieb zu arbeiten angefangen.

Wir konnten heute eine genaue Information über die Vorwürfe nicht erhalten. Wir werden deswegen morgen auf diese Fragen zurück kommen. Schon heute aber können wir sagen, daß die Meldung in der von der bürgerlichen Presse herausgebrachte Form nicht richtig sein wird.

Die Oppositionsgruppen in Rußland zeigten sich nach dem Handlung durch die Sowjetregierung absolut nicht in Frage kommend.

Die Gruppe Sopronow ist eine offen menschewillige Gruppe. Diese Gruppe ist während und nach der Tagung des 15. Parteitages offen menschewillig aufgetreten. Es ist für jeden ehrlichen revolutionären Arbeiter klar, daß die Sowjetregierung gegen diese Gruppe die offen den Sturz der Sowjetregierung vertritt, sich mit allen Mitteln des Arbeitersstaates verteidigt.

Bei der Gruppe Tretki lagen aber die Dinge nach dem Parteitag anders. Diese Gruppe gab nochmals das Versprechen ab, den Kampf aufzugeben, keine Fraktionen zu bilden.

Es wird ganz darauf ankommen, ob diese Gruppe ihre Versprechen halten wird.

Die dritte Gruppe aber, die Gruppe Sinowzew, hat bekannt und um die Wiederaufnahme in die Partei aufgefordert.

Wir werden, wie schon bemerkt, auf diese Angelegenheit morgen noch zurückkommen.

## Geheimnisvolle Bomben — die Ursache der Berliner Explosion

Die eingeleiteten Untersuchungen anläßlich des am Sonntag in Dahlem stattgefundenen Explosionsunglücks haben ergeben, daß die Besitzer des Hauses Stammer und Weingärtner im Hause und in der Garage ein größeres Lager hochexplosiver Stoffe unterhielten. Neue solle Fässer mit Sprengstoff gefüllt, gelangten glücklicherweise nicht zur Explosion und konnten beschlagnahmt werden. Waren auch diese Mengen explodiert, so wäre das ganze Stadtviertel in die Luft geslogen, kein Stein wäre in der ganzen Gegend auf dem anderen geblieben. Bei diesem Sprengstoff handelt es sich um sogenanntes Knallquäcksläber, ein höchst gefährliches Sprengmittel. Die Inhaber des Hauses haben bei der Gewerbeaufsicht ihren Betrieb als „Chemisches Laboratorium“ angemeldet und haben erklärt, daß es sich lediglich um vollkommen harmlose Versuche mit homopathischen Gesundheitsmitteln handle. Darauf erhielten sie die Genehmigung zur Errichtung ihres Laboratoriums, doch zur Ergänzung ihrer in Tempelhof liegenden Fabrik diente. Dieses Werk fertigt angeblich kosmetische Präparate, wie sich nun aber herausstellt, in Wirklichkeit andere Dinge. Angeblich hat die Firma von der Reichsbahndirektion Ludwigshafen den Auftrag auf probeweise Lieferung von 200 Sprengglassäcken (?) erhalten.

Die bisherigen Ermittlungen haben aber die zweifelsfreie Tatsache ergeben, daß weder Weingärtner noch Stammer hemmisch Fälscher waren. Weingärtner war während des Krieges eine Zeitlang in der Feuerwerksindustrie beschäftigt und erworb sich später in Berlin eine Fabrik zur Herstellung von Flugzeugsignalen, während sein Schwager Stammer dem Antiquitätenhandel oblag. Als die Berliner Fabrik eingestellt wurde, erwarb sich Weingärtner und Stammer die Villa in Dahlem und beschäftigten sich dort mit der Herstellung von Verbrennungs- und Verdunstungsmitteln, ein Industrieszweig, der heute stark blüht.

Stammer ist dann aber später wieder dazu übergegangen, Verbrennungs- und Verdunstungsmittel zu herstellen. Weingärtner wiederholte Vorhaltungen wegen der Herstellung von Explosivstoffen gemacht habe. Es sei diesbezüglich zwischen ihnen wiederholte zu bestreiten. Ausländische Versuchungen gekommen und Stammer habe sich daher von seinem Kompagnon ganz zurückgezogen und seine weiteren Experimente für sich allein gemacht. Zu diesem Zwecke sei er auch am Sonntag frühzeitig



Explosionatastrophe in Dahlem